

Am Horn von Afrika greifen zwei kleine Boote das deutsche Containerschiff „Tai-pan“ an – 550 Seemeilen vor der somalischen Küste. Die Männer in den Booten feuern mit Raketenwerfern und Kalaschnikows auf den Frachter, viele noch halbe Kinder, bedröhnt von der Kaudroge Kath.

Am Ostermontag 2010 geschieht das, Schiffsentführungen sind in der Region lukrative Geschäftsmodelle, alle paar Wochen funkt ein Schiff SOS. Der Frachter ist 130 Meter lang, 23 Meter breit und hat einen Wert von 20 Millionen Euro, für Seeräuber ein schwimmendes Sparschwein.

Zehn Piraten erklimmen den Frachter über zwei lange Enterleitern. Die Besatzung schließt sich in einem Schutzraum ein und verschickt eine für diesen Fall vorbereitete E-Mail an die internationale Marinemission. Ein niederländisches Kriegsschiff eilt zur Hilfe, von einem Hubschrauber seilen sich Elite-Soldaten ab. Nach kurzem Gefecht strecken die Piraten die Waffen, so steht es in den Prozessakten.

Das Containerschiff gehörte einer deutschen Reederei, und so begann im Herbst 2010 vor der 3. Großen Strafkammer in der Hansestadt der erste Seeräuberprozess seit Bestehen der Bundesrepublik, 600 Jahre nach Klaus Störtebeker. Die gefangenen Piraten wurden um die halbe Welt geschickt, aus Somalia nach Dschibuti am Horn von Afrika, von dort in die Niederlande, dann nach Hamburg. Ein deutsches Gericht musste klären, was sich abgespielt hatte. Die Angeklagten waren Somalier, die Hintermänner und Auftraggeber saßen angeblich in London, die Besatzung des gekaperten Frachters kam aus Sri Lanka, der Bundesrepublik, der Ukraine und Russland.

Es war der Versuch, ein hyperglobales Verbrechen mit den Instrumenten des deutschen Rechtsstaats zu ahnden. Die Anwälte argumentierten, ihre Mandanten seien nicht freiwillig Piraten geworden. Drei der zehn Piraten waren zur Tatzeit unter 21 Jahre alt gewesen, sie wurden zu zwei Jahren Jugendhaft verurteilt, die sie schon mit der U-Haft verbüßt hatten. Die erwachsenen Angeklagten erhielten Strafen zwischen sechs und sieben Jahren.

Das war 2012. Mittlerweile haben alle ihre Strafe in Hamburg abgesessen. Ihre Wege zerstreuen sich, niemand interessierte sich zunächst für die Piraten.

Damit könnte diese Geschichte zu Ende sein. Doch im Frühjahr 2018 entdeckt die AfD das Thema. Ihre Hamburger Fraktion will vom Senat Auskunft zum Verbleib der Männer. Der Hamburger Senat antwortet: Vier der Männer sind nach Somalia zurückgekehrt, einer ging nach Schweden.

Fünf Männer sind nach der Haft in Hamburg geblieben, aus Piraten wurden Asylbewerber. Ihre Anträge sind abgelehnt, doch keiner der Somalier besitzt einen Pass, die somalische Botschaft stellt keine Pässe aus, und für eine Rückführung nach Somalia fehlt eine geeignete Flugverbindung, so der Senat. Die Männer lebten nur geduldet in Hamburg, alle fünf erhielten Zuwendungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz, heißt es weiter. Was aber haben sie vor in dem Land, dessen Seeleute sie angegriffen haben, das sie verurteilt hat – und nun loswerden will?

Fünf somalische Piraten in Deutschland zu finden ist nicht leicht. In den Prozessakten stehen ihre Namen nur abgekürzt, die Suche beginnt bei den Gerichten und zuständigen Behörden, in der somalischen Community, bei



Nur wenige Stunden hatten die Piraten das Schiff in ihrer Gewalt – dann seilte sich die niederländische Marine herab

Als Pirat gekommen, als Flüchtling geblieben

Vor sechs Jahren wurden in Hamburg zehn Seeräuber verurteilt – die Somalier hatten am Horn von Afrika einen deutschen Frachter überfallen. Philipp Woldin fand heraus, was aus ihnen nach der Haft wurde

Flüchtlingshelfern und auf Facebook. Dann, nach Wochen, die Mail eines somalischen Journalisten: „Ich weiß, wen Sie suchen.“

Ein vertrauliches Vorbereitungstreffen und mehrere Telefonate später hält ein VW-Kombi in der Nähe des Hamburger Gänsemarkts: „Komm, wir fahren ein bisschen rum“, sagt der Fahrer. Er ist einer von ihnen. Viel Zeit aber hat er nicht, in einer Stunde muss er seine Tochter aus der Kita abholen. Man solle ihn Abdi nennen, sagt er, ein typischer somalischer Name. Sein echter Name ist WELT AM SONNTAG bekannt, auch die Namen der anderen zehn Piraten sind es. Doch Abdi möchte unerkannt bleiben, aus Angst vor Leuten, die ihn nach der AfD-Anfrage anfeinden, aber auch aus Angst vor seinen früheren Auftraggebern, die gefangene Piraten für Verräter halten.

Abdi ist ein schmaler Mann mit Beinen wie Stelzen, der nie lange Augenkontakt hält, als könnte man ihm sonst in die Seele schauen. Der 23-Jährige steuert den Wagen durch den Feier-

abendverkehr und erzählt aus seinem Leben. Für ihn ist es eine Erfolgsgeschichte: „Als ich 2010 hier ins Gefängnis kam, kannte ich kein Haus, keine Strafe, keinen Menschen.“ Im Jugendgefängnis Hahnöfersand, einer Elbinsel nahe Hamburg, arbeitete er in der Putztruppe der Anstalt, im „Führungsbericht“ wurden ihm „sehr gute Fortschritte“ beim Deutschlernen bescheinigt. Zwei andere junge Piraten waren mit ihm eingesperrt, sie bekamen regelmäßig Besuch von linken Gruppen wie „Kein Mensch ist illegal“. Im Gefängnis ging es ihm vielleicht so gut wie noch nie. „Ich wusste: Im Knast trifft mich keine Granate, niemand schießt auf mich. Somalia ist die Hölle. Sogar ein deutsches Gefängnis ist besser.“

Somalia entstand 1960 aus zwei ehemaligen Kolonien, 1969 putschen sich Militärs an die Macht. 1991 vertrieben bewaffnete Aufständische den Diktator Siad Barre, ein Bürgerkrieg brach aus. Damals wurde Abdi in einem Flüchtlingslager nahe Gaalkacyo geboren.

Am Tag seiner Entlassung aus dem deutschen Gefängnis empfing ihn ein

Betreuer des Jugendamts am Tor, die Stadt stellte Abdi und seinen zwei somalischen Mithäftlingen eine Jugendwohnung. „Ich dachte, Deutschland steckt uns in den Knast und vergisst uns“, erinnert er sich. Er parkt den Wagen und schlendert zu einem Café im Hamburger Bahnhofsviertel. Nicht weit weg von hier besuchte er die Hauptschule. Dort fragten ihn seine neuen Mitschüler: „Bist du von der Terrormiliz Al-Schabab oder Pirat?“ Abdi antwortete dann: „Ich bin Flüchtling.“

Heute sagt er: „Sie hätten es nicht verstanden.“ Nur ein paar Lehrer kannten seine Geschichte. Abdi kämpfte sich zum Hauptschulabschluss durch, später schaffte er die mittlere Reife. Nach drei Jahren waren die Somalier zu alt für eine Jugendwohnung, sie gingen eigene Wege: Einer der Männer arbeitete eine Weile bei der Stadtreinigung und wurde zweimal Vater. Ein anderer malochte im Hafens. Sie waren jung genug für einen Neuanfang. Ein älterer Pirat dagegen, heute um die vierzig, saß eine lange Haftstrafe ab. Bis heute spricht er kaum Deutsch, lebt in einer Flüchtlingsunterkunft.

Abdi ist nach islamischem Recht verheiratet und hat eine kleine Tochter, die fast ein Jahr alt ist. Er erzählt sein Leben hier in Etappen, als wären es Stationen der Wiedergutmachung. Darum hat ihn die Berichterstattung nach der AfD-Anfrage auch so geärgert: „Ich habe all das geschafft und werde trotzdem nur auf diese Tat reduziert.“ Mit der Polizei hat er es seit seiner Haft nie mehr zu tun bekommen. Abdi bleibt für viele trotzdem der Pirat.

Es ist paradox: Ihm, der ein deutsches Schiff angriff, bietet Deutschland nun Chancen, von denen er im terrorgeplagten Somalia nur träumen konnte. Das Land spendiert ihm Deutschkurse und betreut ihn. Er erhält fast 1000 Euro staatliche Leistungen im Monat. 350 Euro gehen für die Wohnung drauf, dazu kommt die Krankenversicherung, 416 Euro werden bar ausbezahlt. Das ist die eine Seite. Sein Asylantrag ist seit September 2010 rechtskräftig abgelehnt, er besitzt nur eine Duldung, die er alle drei Monate verlängern muss. Jede Ladung zur Ausländerbehörde bringt die mühsam aufgebaute Stabilität ins Wanken. Die Duldung verhindert einen echten Neuanfang, verunsichert Vermieter und macht Arbeitgeber skeptisch.

Was, wenn Abdi nächste Woche abgeschoben wird? Es ist, als wolle Deutschland alles, aber auch alles richtig machen und macht genau darum alles falsch. In Abdis Geschichte gibt es nicht nur Weiß oder Schwarz, da ist auch viel Grau – Uneindeutiges, nur schwer Überprüfbares. Abdi sagt, er habe immer wieder Jobs gehabt, mal als Lagerist, mal als Übersetzer und freiwilliger Helfer. Nun werde er im Juli eine neue Arbeitsstelle antreten. Nachprüfen kann man das nicht, den Namen des Arbeitgebers behält er für sich. In seiner Behördenakte, letzter Stand Februar 2018, steht unter anzu-rechnendem Einkommen: „0 Euro“.

In den Prozessakten finden sich weitere Bruchstücke seines Lebens: Mili-

zen erschießen 2008 seinen Vater, die Familie lebt von Hilfsleistungen, Abdi verdient sich als Gepäckjunge Trinkgeld. Und dann will Abdi noch etwas zu seiner Verteidigung sagen: „Ich komme aus einem Land ohne Gesetz. Die Piraten haben Minderjährige wie mich benutzt, ich wusste nicht, wie ich sonst überleben sollte.“

Einige Wochen später, der Versuch eines Gesprächs nach Somalia. Es knackt im Telefon: „Sie starten nun einen Anruf, der mit hohen Kosten verbunden ist“, sagt eine Stimme. Am anderen Ende soll gleich ein anderer früherer Pirat abnehmen. Er halte sich versteckt in Somalia, hatte der Kontakt gesagt, immer in Angst vor den Häschern. Dann ertönt eine kehlige Stimme auf Somali, ein Dolmetscher in Hamburg übersetzt: Ja, er sei einer der Piraten, die damals in Hamburg verurteilt wurden. Der Mann lebt in einer ländlichen Gegend in der Provinz Jariban, er hilft seinen Eltern bei der Stallarbeit, melkt die 30 Ziegen und hütet das Vieh. „Hier kennt mich keiner“, sagt der Mann. So soll es bleiben.

Deutschland hat mich gezwungen, hierhin zurückzukehren“, sagt er und zählt auf: Er hätte mit seiner Duldung kaum eine Chance gehabt, zu arbeiten oder eine Wohnung anzumieten, immer drohte ihm die Abschiebung. Irgendwann entschied er sich, freiwillig zu gehen, unterstützt von der Internationalen Organisation für Migration. Die Regierung zahlte das Flugticket ins äthiopische Addis Abeba und händigte ihm ein Startgeld von rund 300 Euro aus. Ihm wurde ein Reiseausweis für Ausländer ausgestellt, eine Art Passersatz. Die Ausländerbehörde Hamburg teilt dazu auf Anfrage mit: „Bei freiwilligen Ausreisen akzeptiert Somalia Reiseausweise. Bei Abschiebungen werden diese nicht akzeptiert.“

Von Äthiopien aus, erzählt der Mann am Telefon, sei er nach Gaalkacyo gereist, traditionell eine Hochburg der Piraten und Milizen. „Ich hatte das Gefühl, Leute beobachten mich dort.“ Das macht Sinn: In der Logik der Piratenführer sind die Verurteilten Verräter. Sie haben sich vor Gericht über mögliche Hintermänner geäußert, Namen von mächtigen Clanchefs genannt. Dazu war dieser Schiffsüberfall für die Bosse ein Verlustgeschäft, ihre Boote wurden beschlagnahmt, sie haben Geld und Prestige verloren. Gründe genug, sich an ihnen zu rächen.

Der Mann in seinem somalischen Versteck gibt auch an, das Schicksal der zwei anderen Piraten zu kennen: Einer, Y. K., sei von seinen früheren Auftraggebern nahe der Küstenstadt Garacad getötet worden. Und vor wenigen Wochen hätten die Piraten auch einen zweiten Seeräuber namens A. K. D. entführt. Kurz bevor das Telefonguthaben aufgebraucht ist, sagt der Mann noch: „Ich hoffe, dass die deutsche Regierung keinen der anderen nach Somalia abschiebt. Niemand ist hier sicher.“

Kurz nach Beginn der Recherche für diesen Artikel werden alle Hamburger Piraten zur Ausländerbehörde geladen. Der Staat will Stärke zeigen. Reist freiwillig aus, raten die Mitarbeiter den Männern. Sie aber bleiben. Abdi hofft auf eine Zukunft in Hamburg.

Seine Frau und seine Tochter besitzen beide einen festen Aufenthaltsstatus, das ist gut für Abdi, „schützenswerte Beziehung zu bleibberechtigten Familienmitgliedern“ heißt das im Aktendeutsch. Abdi erklärt: „Mein Kind ist hier geboren und wird hier mit mir aufwachsen.“ Er klingt, als ob er sich selbst noch von dem überzeugen müsse, was er da sagt.

Lafontaine wirbt für neue linke Bewegung

Der frühere Linke-Chef Oskar Lafontaine wirbt für die neue Sammlungsbewegung „Aufstehen“ seiner Ehefrau Sahra Wagenknecht. „Wir verstehen uns nicht als Partei, sondern als eine Bewegung, die eine inhaltliche Erneuerung der Politik anstrebt“, sagte Lafontaine WELT AM SONNTAG. Die Bewegung, so Lafontaine, sei „bewusst überparteilich“ und lade alle zum Mitmachen ein, die sich Umweltschutz, „mehr soziale Gerechtigkeit und eine friedliche Außenpolitik wünschen“. Die Website www.aufstehen.de ist seit Samstag online. Linksfraktionschefin Wagenknecht wirbt dafür auch in anderen Parteien und sagte dem „Spiegel“, ein „Schlüssel“ für andere Mehrheiten sei „die SPD“. J.S.

Erdogan verhängt Sanktionen gegen US-Minister

Vermögen in der Türkei soll eingefroren werden – „sofern es welches gibt“

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat den Konflikt mit den USA weiter verschärft. Er habe die Behörden angewiesen, das Vermögen „des amerikanischen Justiz- und des Innenministers in der Türkei einzufrieren“, sagte Erdogan am Samstag in Ankara. Zuvor hatten die USA Sanktionen gegen den türkischen Justizminister Abdulhamit Gül und Innenminister Süleyman Soylu verhängt. Grund des Streits ist, dass die Türkei gegen den im Dezember 2016 festgenommenen Geistlichen Andrew Brunson Spionage- und Terrorvorwürfe erhoben hat. Brunson drohen bis zu 35 Jahre Haft. Der seit 23 Jahren in der Türkei lebende Pastor und die USA weisen die Vorwürfe zurück. Da Brunson bislang nicht freigelassen, sondern nur unter Hausarrest gestellt wurde, verhängten die USA Sanktionen gegen die türkischen Minister, woraufhin Erdogan nun entsprechende Maßnahmen gegen US-Minister ankündigte.

Indes war zunächst unklar, wen genau die türkischen Sanktionen betreffen, da sich die Aufgaben im US-Kabinett von denen im türkischen Kabinett unterscheiden. Fraglich ist zudem, ob jene Personen überhaupt Besitz in der Türkei haben. Auch Erdogan scheint dies nicht zu wissen, sagte er doch, Vermögen werde eingefroren, „sofern es welches gibt“. Die von US-Sanktionen betroffenen türkischen Minister Gül und Soylu hatten zuvor erklärt, kein Vermögen in den USA zu haben.



Erdogan auf einer Partei-Veranstaltung am Samstag

In diesem Jahr ertranken schon 1500 Migranten im Mittelmeer

Seit Beginn dieses Jahres sind nach Angaben der Vereinten Nationen schon mehr als 1500 Flüchtlinge und Migranten im Mittelmeer ertrunken. Allein im Juni und Juli habe es 850 Todesfälle gegeben, teilte das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR mit. Die Zahlen seien deshalb so alarmierend, weil es mehr Todesfälle gebe, obwohl immer weniger Menschen überhaupt versuchen würden, das Mittelmeer zu überqueren. In diesem Jahr seien es rund 60.000 Menschen gewesen, was laut UNHCR nur rund halb so viele wie im Vorjahreszeitraum waren.

Dass gleichzeitig aber die Zahl der Ertrunkenen so stark gestiegen sei, mache das Mittelmeer zur derzeit tödlichsten Seeroute von Migranten und Flüchtlingen auf der ganzen Welt. Das UN-Flüchtlingshilfswerk

rief alle Staaten entlang der verschiedenen Transitrotten auf, die Netzwerke der Menschenhändler zu zerschlagen. Es müssten alle diejenigen zur Verantwortung gezogen werden, die Profit aus der Ausbeutung von gefährdeten Menschen schlagen wollten.

Als derzeitiges Hauptziel der Menschen, die es 2018 auf dem Weg über das Mittelmeer versuchen, identifiziert das UNHCR Spanien. Dort wurden 2018 bislang 23.500 Ankömmlinge gezählt. Danach folgten Italien mit 18.500 und Griechenland mit 16.000 neu eingetroffenen Migranten. Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland Syrien bilden auf der Mittelmeer-Route die größte Gruppe. Es handelt sich dabei allerdings um lediglich 13,5 Prozent aller Migranten auf diesem Transitweg.